

# Correspondent

Erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonntag.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich eine Mark.

XXXII.

Leipzig, Dienstag den 11. Dezember 1894.

№ 143.

## Handwerksorganisation.

(Schluß.)

Die Handwerkerkammern kümmern uns hier nicht weiter, da sie eine vorgesezte Behörde der Fachgenossenschaften bedeuten und die letzteren zu überwachen haben. Es fällt nur auf, daß die Mitglieder der Kammern auf sechs Jahre gewählt werden sollen — warum nicht gleich auf Lebenszeit? In folgendem Satze gipfelt die ganze Machtbefugnis des Gehilfenausschusses: „Kommt ein Beschluß der Handwerkerkammer (wie auch der Fachgenossenschaften) gegen die Stimme sämtlicher Gehilfsvertreter zu stande, so können die letzteren mit aufschiebender Wirkung die Entscheidung der höhern Verwaltungsbehörde beantragen.“

Ueber die geforderte Gesellenprüfung kann man mit einem Lächeln hinweggehen, besonders wenn man öfters Gelegenheit hatte, solchem Aktus mit dem üblichen Frühstück einschl. Achtelchen Echtem für die Herren Prüfungsmeister beizuwohnen. Durch den überwachenden „Kommissar“ würde der Unwert der Prüfungen nicht beseitigt.

Für bestimmte Handwerke (warum nicht für alle?) können durch den Bundesrat resp. durch die Handwerkerkammern Vorschriften über die zulässige Zahl von Lehrlingen im Verhältnisse zu den in einem Betriebe beschäftigten Gesellen erlassen werden, wofür sich mit verdächtiger Freimütigkeit das Blatt unserer Prinzipale, die Zeitschrift f. D. B. erwärmt und sich gleichzeitig mit fremden Federn schmückt, indem sie behauptet, im Buchdruckgewerbe sei dies, nämlich die Festsetzung eines gewissen Zahlenverhältnisses von Lehrlingen und Gehilfen, bereits durchgeführt. Durchgeführt von wem? wird natürlich unterschlagen, sonst hätte die Zeitschrift beifügen müssen, daß das wenige, was darin bisher erreicht wurde, dem Troste der Besitzer mühselig von den Gehilfen abgerungen werden mußte. Wie weit dieses genannte Verhältnis überdies durchgeführt ist, ersehen wir aus den massenhaften Behrlingszuchtereien, wie sie jetzt wieder die Statistik an den Tag zog.

Ein Lieblingswunsch der Innungsbrüder, die Einführung des Befähigungsnachweises, wird in den Vorschlägen einfach für unerfüllbar erklärt, über welche Forderung die Unternehmer sich selbst noch sehr uneinig sind, denn während ein Teil denselben für die Meister fordert, behaupten die anderen (so auch die Zeitschrift): nicht der Meister, sondern die Gesellen haben nachzuweisen, daß sie etwas Tüchtiges gelernt haben — ein Aunding nach einer Lehre, in der ihnen nichts gelehrt wurde.

Ueberhaupt wird die Regelung der Lehrlingsfrage als die vornehmste Aufgabe der Fachgenossenschaften betrachtet, da „auf diesem Gebiete thätigste Mißstände vorliegen, deren Beseitigung das öffentliche Interesse verlangt“. Auch „soll dem allgemein beklagten Uebelstand entgegengetreten werden, daß unter Hintansetzung

der Interessen der Ausbildung zur Beschaffung billiger Hilfskräfte ausschließlich oder in unverhältnismäßig großer Zahl Lehrlinge gehalten werden“. Die nach Schluß der Lehre vorgesezene Behrlingsprüfung soll erziehlich(?) wirken und nur den Nachweis liefern, „daß der Behrling seine Ausbildungszeit gewissenhaft ausgenutzt hat und der Lehrmeister seinen Pflichten nachgekommen ist“. Umgekehrt erscheint uns dieser Passus logischer. Ferner soll durch die Festsetzung einer Maximal-Lehrzeit von lumpigen 5 Jahren der Ausbeutung der Lehrlinge vorgebeugt werden! — welche Beschränkung ja auch der Deutsche Buchdrucker-Verein erstrebt.

Das ganze Werk der Handwerkerrettung fällt bei näherer Betrachtung in nichts zusammen. Was aber würde ohne Zweifel das äußere Fazit der zum Geß erhobenen spaltenlangen Entwürfe sein? Weiter nichts als ein ungeheurer Verwaltungsapparat, eine Menge neuer Behörden usw., deren Haupterfordernis an Kosten die Arbeiter (Gehilfen, Gesellen, Hilfsarbeiter usw.) aufzubringen hätten.

Aus dem Faktum, daß die größeren Werkstätten und Fabriken von der geplanten Reorganisation ausgenommen sind, eröffnet sich für uns die schöne Aussicht, daß bei derselben etwas Nehnliches herauskommt, wie wir es bei der revidierten Gewerbeordnung an den famosen Fabrikordnungen erlebt haben, durch die der Arbeiter in der That zu einem willenlosen Werkzeuge gestempelt wird. Das haben sich die „armen, notleidenden Handwerksmeister“ sehr gut überlegt — und durch scheinbaren Widerstand gegen einige der Vorschläge wollen sie dem Arbeiter offenbar glauben machen, diese enthielten für ihn den Himmel auf Erden.

Wie eifersüchtig die Prinzipalschaft das den Arbeitern zugebilligte Recht der Mitwirkung in einigen kleinen Fragen betrachtet, sagt uns Herr Mäser in seinen Typ. Jahrb.: „... mit der Beteiligung der Arbeiter ... würden wir einverstanden sein, wennschon hier weißes Maßhalten besonders am Platze ist. Die Herren am grünen Tische haben in dieser Beziehung manches verschuldet und manches wieder gut zu machen.“ Bessere Beschuldigung spukt wohl einzig und allein in dem Kopfe Sr. Intelligenz herum? Herr M. wird jedoch noch von der Zeitschrift übertrumpft, indem sie räsontiert: „Es darf die Machtbefugnis der Gehilfenausschüsse nicht, wie in der Vorlage geschehen, über Gebühr ausgedehnt werden.“ Sie hält auch die Mitwirkung der Gehilfenausschüsse bei Regelung der Behrlingsverhältnisse für „in hohem Grade bedenklich“. Also die Möglichkeit der Mitwirkung bringt die Herren schon in Harnisch; das Ende der Welt wähten sie jedenfalls gekommen, würde den Arbeitern das ihnen zustehende natürliche Recht des Mitbestimmens gewährt.

Institutionen wie die geplanten Fachgenossenschaften könnten nur dann unparteiisch arbeiten

und sachliche Erfolge zeitigen, wenn sie je zur Hälfte aus Unternehmern und Gehilfen sich konstituierten. Aber die ersteren wissen nur zu genau, daß damit ihre Willkürherrschaft gebrochen würde, daher auch ihre Abneigung schon gegen die Gewerbebehörde. Was will es sagen, daß ein Beschluß der Fachgenossenschaften angefochten werden kann, wenn er gegen sämtliche Gehilfsstimmen gefaßt ist? Gar nichts! Denn es ist damit nicht ausgesprochen, daß die Gesellen wirklich im stande sind, Beschlüsse resp. deren Ausführung zu verhindern. Eventuell wird es ja die Prinzipalschaft einzurichten wissen, daß bei einschneidenden Fragen nicht sämtliche Gehilfsvertreter gegen ihren Willen sich erklären werden. Ist ein größerer Humbug denkbar, als daß einem gefügigen, vielleicht käuflichen Arbeiter die Entscheidung über das Recht der ganzen Branche in die Hand gegeben werden soll? Von der Möglichkeit, eigne Beschlüsse der Arbeiter durchzuführen ist nirgends die Rede; ebenso schweigt sich der Entwurf des Handelsministers in puncto Lohnzahlung und Arbeitszeit völlig aus, wodurch ihm von vornherein jede Einwirkung zu gunsten der Meister sowohl wie der Arbeiter genommen ist.

Doch auch die ihm gebührende Gerechtigkeit wollen wir dem Entwürfe zu teil werden lassen: man sucht vergebens darin nach den beliebten Serenaden der Herren Prinzipale über die Unersättlichkeit und Unmaßung der bösen Gehilfen! Nichts dergleichen ist zu finden, um so mehr aber handelt er von der Gewissenlosigkeit der Arbeitgeber, worüber besonders die Innungshelben in ihren Organen kräftig lamentieren unter der Devise:

Kein Engel ist so rein,  
Als wie ein Innungsmeisterlein!

Unsere Erfahrungen in dieser Sache hatten wir nur zu häufig Gelegenheit zum besten zu geben; das ganze bißchen Weisheit dieser Herren gipfelt immer und immer wieder in niedrigen Lösungen, in der Entmündigung des Arbeiters.

## Korrespondenzen.

A. Barmen. Die am 2. Dezember abgehaltene Ortsversammlung beschäftigte sich u. a. mit der zu gründenden Prinzipalsinvalidentasse. Vom Vorsitzenden, Kollegen Lange, wurden die Machinationen scharf verurteilt und die Mitglieder aufgefordert, sich nicht durch faule Glausen betören zu lassen und unter keinen Umständen der Kasse beizutreten. Während der sich entspannenden lebhaften Debatte verlangte ein Teil der Mitglieder, daß man noch abwarten solle, bis die Prinzipale uns mit neuen „Beglückungen“ kämen, um dann dagegen Front zu machen. Die Mehrzahl der Versammlung sprach sich jedoch dahin aus, daß wir den Prinzipalen zuvorzukommen müßten, um uns für jeden Fall zu sichern. Unter lautem Beifalle beschloß die zahlreich besuchte Versammlung, mit allen Mitteln, durch Aufklärung (auch der Nichtmitglieder) usw., den Kassengründungen entgegenzutreten.

S-t. Berlin. Ueber die in Nr. 141 schon kurz gemeldete Versammlung der Berliner Orts-Invalidentasse mit der Tagesordnung: Die Befähigung unfrer Invalidentasse durch die Gründung der Invalidentasse

des Deutschen Buchdrucker-Vereins, erhalten wir noch folgenden Bericht. Trotz seiner ungünstigen Lage im äußersten Nordosten war das System bis auf den letzten Platz gefüllt. Der Vorsitzende Herr Buchdruckermeister Bernstein eröffnete die Versammlung mit einem Hinweis auf ihre Bedeutung; der Vorstand habe sich verpflichtet gefühlt, dieselbe einzubekunden lediglich im Interesse der Kasse, welches er zu wahren habe, nicht etwa im Auftrag einer Partei oder eines Vereins. Es handle sich um die Abwehr einer Schädigung der hiesigen Invalidentasse, die seit 38 Jahren bestesse und eine segensreiche Wirksamkeit in dieser Zeit infolge habe. Gelingen es dem D. B. W., seiner zum 1. Januar projektierten Invalidentasse in Berlin größeren Umfang zu gewinnen, so sei nicht nur die Invalidentasse der Berliner Buchdrucker, sondern auch die damit verbundene Witwenkasse gefährdet. Er hoffe jedoch, daß die Mitglieder in voller Erkenntnis der Sachlage bereit sein werden, ihre ganze Kraft einzusetzen für die Erhaltung und fernere Entwicklung der Berliner Invalidentasse. — Kollege Magian gibt ein Bild über die Entstehung und Geschichte der Invalidentasse, deren Ursprung bis zum Jahr 1797 zurückreicht. Im Jahr 1856 wurde die jetzt bestehende Invalidentasse aus dem seit 1849 bestehenden zwei Kassen zusammengeschmolzen. Sie blieb 12 Jahre geschlossen. An Beitrag wurden 2 Gr. erhoben; nach Eröffnung der Kasse mußte der Beitrag jedoch bald erhöht werden und beträgt jetzt 35 Pf. Die Ansprüche an die Kasse steigerten sich von Jahr zu Jahr; so wurden im Jahr 1892 62814 Mt., 1893 67412 Mt. an Unterstützung gezahlt, im ganzen von 1856 bis 1894 1276355 Mt. Hierzu kommt an Altersgeld (an Mitglied-r, welche 40 Jahre zur Invalidentasse gefeuert haben, wöchentlich 3 Mt. neben Befreiung von den Beiträgen) bis zum Jahr 1884 die Summe von 32067 Mt., zusammen also 1308422 Mt. Mit der Invalidentasse ist seit 1839 eine Witwenkasse verbunden. Seit Mitte der 1860er Jahre traten neue Mitglieder letzterer Kasse nicht mehr bei, wodurch ihr Bestehen gefährdet war. Die Berliner Buchdrucker betrachteten jedoch die weitere Unterstützung der Witwen als eine Ehrensache und beschloßen im April 1876, durch freiwillige Beiträge die Unterstützungsgelder aufzubringen. Diese neue Kasse übernahm 50 Witwen; außer diesen war jedoch eine große Zahl Witwen vorhanden, deren Ehemänner i. Z. zur Witwenkasse nicht gezahlt hatten, so daß im Jahr 1877 bereits 180 Witwen zu unterstützen waren und heute nach 17 Jahren nicht weniger als 467 Witwen zu unterstützen sind. An Wittwengeld sind seit 1876 verausgabt 177981 Mt. Von seiten der Herren Prinzipale wurden der Kasse zu verschiedenen Zeiten bedeutende Zuwendungen gemacht (die Referent namentlich aufführt). Durch das Vorgehen des D. B. W. ist auch dieser Unterstützungszweig gefährdet. Bedauerlich ist es, daß viele der jüngeren Kollegen der Invalidentasse fernbleiben, häufig genug zu ihrem eignen Schaden; die alten Mitglieder werden aber, sollte die Gründung des D. B. W. zur Wahrheit werden, um ihre ganzen Rechte gebracht. Redner kritisiert nun die Satzungen der Prinzipalkasse, den Vätern der schlau ausgestellten Organisation das Kompliment machend: „Wir Sachsen sein helle!“ Betreffs der Beiträge habe die Zeitschrift herausgerechnet, daß der Beitrag der Prinzipale für jedes Mitglied 15 Pf. betrage, in Wahrheit betrage er 5 Pf. Die Kasse solle fünf Jahre geschlossen bleiben; ob sie aber nach dieser Frist Unterstützung werde zahlen können, sei mehr als fraglich; man möge darüber den vorn geführten Verlauf in der Berliner Kasse, die zwölf Jahre geschlossen war, vergleichen; jetzt sei kaum mit 35 Pf. Beitrag auszukommen. In den Satzungen sei auch die Gegenseitigkeit mit schon bestehenden Kassen und sogar die Uebnahme solcher mit ihrem ganzen Vermögen in Aussicht genommen; letzteres sei wohl die Hauptsache — da wärn mer scheene raus! Das ginge aber nicht so leicht, denn die Behörde sei in dieser Hinsicht sehr penibel und dulde keine Einmischung Dritter in die Verwaltung; das hätten wir schon im Jahr 1880 erfahren, als es sich um die Gegenseitigkeit mit der Verbands-Invalidentasse handelte. Dasselbe wurde von der Behörde nicht genehmigt und zwar „im öffentlichen Interesse“. Die Konditionslosenkasse des D. B. W. habe ihre Karenzzeit bereits verdoppeln müssen und bei der Invalidentasse komme es bestimmt auch so. Die Kasse des D. B. W. sei es nicht wert, eine Zersplitterung der Berliner Kollegenschaft zuzulassen, aber die Existenzfähigkeit unsrer Invalidentasse sei bedroht, wenn es dem D. B. W. gelingen sollte, seiner Kasse hier Eingang zu verschaffen; darum müßten alle Kollegen Front dagegen machen und dieser „Gründung“ allen möglichen Widerstand entgegensetzen. — Durch reichen Beifall befandete die Versammlung ihre Zustimmung zu diesen Ausführungen. — Kollege Gieske verbreitet sich über die Leipziger Verhältnisse in früheren Jahren. Stets seien die Kassen ein Pantafel zwischen Prinzipalen und Gehilfen gewesen und dadurch zum großen Teile die schlechten und unerquicklichen Verhältnisse in Leipzig hervorgerufen worden, und diese Zustände sollten nun

auf ganz Deutschland übertragen werden. Wir in Berlin dürfen uns dieser Kasse nicht anschließen und von den Berliner Prinzipalen sei zu erwarten, daß sie nicht den von Leipzig gewünschten Zwang ausüben; die Berliner Kollegenschaft aber müsse das Anstehen des Beitritts zu der Kasse einmütig zurückweisen. — Kollege Eisler betonte besonders den Zweck dieser Gründungen: gegenüber der Öffentlichkeit trügen diese Herren die Humanität vor Schau, im Geheimen sei ihr Bestreben, jede Bewegung der Gehilfenchaft zur Erzielung besserer Verhältnisse unmöglich zu machen, wie es in einem vertraulichen Aktuar ungewöhnlich ausgesprochen werde: ein direkter Zwang soll nicht ausgeübt werden, aber es wird empfohlen, nicht ganze Personale zum Beitritt aufzufordern, weil der eine durch den andern leicht ungünstig beeinflusst werden könnte; lieber sei mit jedem einzelnen besonders zu verhandeln — ein sehr durchsichtiges Manöver! Auf der Breslauer Generalversammlung habe man von 8000 Mitgliedern gesprochen, in Wahrheit seien es, wie durch unsre Statistik festgestellt ist, etwa 2000, davon in Leipzig allein 900 (das Prinzipalsführer-„mister“ macht 1200 daraus, Red.). Der D. B. W. versichert zwar nach außen hin, daß ein Zwang nicht ausgeübt werde, die Handlungen seiner Mitglieder beweisen aber das Gegenteil, und das muß uns vorsichtig machen. So ist z. B. jedem Mitgliede durch Statut zur Pflicht gemacht, den Tarif und damit die Beihilfenskala inne zu halten. Durch die Statistik werde aber ein sehr erbauendes Bild über die Tarifverhältnisse und die Beihilfenswirtschaft gerade in den Innungs- und Vereinen zu Tage gefördert. In Leipzig gehörten 77 Druckerzeilen der Innung an, 62 derselben hätten mehr Lehrlinge als die Stala zulasse, in Berlin beschäftigten von 93 Innungsdruckerzeilen ebenfalls 62 über die Stala. Ähnlich stehe es mit der Einfaltung des Tarifs. Ein Innungsmeister zahlte einem Ausgelernten 20 Mt., es dünkte ihm dies noch zuviel, er ließ denselben berechnen und als der junge Mann gleich in der ersten Woche mehr verdient hatte, zahlte er ihm doch nur 20 Mt. mit den Worten: so hätte er es nicht gemeint! Ein anderer Innungsmeister lehnte die Bezahlung nach Tarif mit folgenden Worten ab: Wenn ich den Tarif bezahlen soll, trete ich aus (nämlich aus der Innung)! Redner spricht die Hoffnung aus, daß die Berliner Prinzipale in ihrem überwiegenden Teil unsrer Kasse gegen die Gründung der Leipziger Macher zur Seite stehen werden und bringt im Namen des Vorstandes die schon mitgeteilte Resolution ein. — Kollege Langke spricht ebenfalls für die Resolution. — Kollege Masini ist wohl mit der Resolution einverstanden, nur meint er, der Schlusssatz sehe einer Denunziation sehr ähnlich; doch hätte er auch dagegen nichts Besonderes einzuwenden, denn die Prinzipale hätten es ja uns gegenüber beim 1891er Streik nicht an solchen fehlen lassen, und was jenen recht, müsse uns auch mal billig sein, wenn wir auch sonst ein solches Kampfmittel nicht gutheissen wollten. — Der Vorsitzende Herr Bernstein erklärt, daß in diesem Falle von Denunziation nicht die Rede sein könne; es handle sich um den Schutz erworbener Rechte gegen einen Angriff von außen. Wenn er heute erwähre, daß morgen ein Einbruch bei ihm verübt werden solle, sei es doch ganz natürlich, wenn er nach dem Schutzmänner rufe. Im weitem fordert er etwa anwesende Anhänger der neuen Invalidentasse, sich zum Worte zu melden, es werde ihnen vollständiger Redeschutz garantiert, damit nicht nachträglich gesagt werden könne, sie seien mundtot gemacht worden. Da sich niemand meldet, ersucht der Vorsitzende um mögliche einstimmige Annahme der Resolution. Es erfolgt hierauf die Abstimmung, welche die einstimmige Annahme der Resolution ergibt. (Bravo!) — Kollege Gieske ersucht die Anwesenden, von den heutigen Verhandlungen den nichtanwesenden Mitgliedern wie auch den Nichtmitgliedern Mitteilung zu machen und fordert die Versammlung auf, ein dreimaliges Hoch auf die Solidarität der Berliner Buchdrucker auszubringen, welcher Aufforderung die Versammlung mit Begeisterung entspricht.

Sagen. Bezüglich der in Nr. 135 im Versammlungsberichte von Jerslow enthaltenen Beschlüssen bezüglich des Faktors W. in Minden sieht sich Unterzeichner zu folgender Erklärung genötigt: „Durch persönliche sachliche Aussprache mit Herrn Faktor W. haben wir die Ueberzeugung gewonnen, daß die gegen W. vorgebrachten Beschlüsse der Wahrheit nicht entsprechen.“ Wir geben uns der Hoffnung hin, daß sämtliche beteiligten Kollegen auf der nächsten Bezirksversammlung erscheinen werden, um die Angelegenheit endgültig zu erledigen. Bezirksvorstand.

K. Hamburg, 3. Dezember. Eine stark besuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung fand gestern hier statt. Kollege C. Döblich aus Berlin sprach über die Beunruhigung des Gewerbes durch den Deutschen Buchdrucker-Verein. In fünfviertelstündigem ausgezeichneten Vortrage führte derselbe vor Augen, wie die Prinzipale nach dem beendeten Neumündentampfe, statt ehrlichen Friedens zu halten, fortgesetzt weiter gekämpft hätten. Im Verlaufe seiner Darlegungen kam

der Redner auf die Angelegenheit des § 37 des Tarifs zu sprechen, betreffs dessen die hiesigen Prinzipale beim Tarifausfluß eine Aenderung beantragten. Die Leipziger Führung sei aber dagegen; er faunne über die Gutmütigkeit der übrigen Prinzipale. Wenn Leipzig wünke, dann seien die übrigen Prinzipale da, was die Leipziger nicht wollten, darin seien die deutschen Prinzipale ohnmächtig. Die neue Gründung der Prinzipale stellte der Redner ins richtige Licht. Am Schlusse streifte er noch die hiesigen Verhältnisse. Lauter und lebhafter Beifall wurde ihm zu teil. — Fr. Erb. Schulz referierte sodann über unsere örtlichen Verhältnisse. Die Lage am Plage sei eine solche wie sie noch nie gewesen, es läge etwas in der Luft; wie ihm scheine, ein Bedürfnis nach Frieden. Die Kollegen aber wollten von der Kassengründung der Prinzipale nichts wissen, sie wollten ihre gut eingerichteten Kassen, keine solchen, wo die Prinzipale die Herrschaft ausüben, haben; Selbstverwaltung sei stets ihr Prinzip gewesen. Hierauf gab Demuth ein Bild über die Platzverhältnisse auf grund der Statistik, namentlich die große Beihilfenszahl hervorhebend. Ebenfalls wies er auf die stetige Zunahme der Konditionslosen hin. Des fernern kritisierte er den Arbeitsnachweis der Innung, woselbst eine Bevorgung der Nichtverwandler stattfände. Wenn wir nicht so viele Prinzipale hätten, die uns feindsich und nachträglich behandelten, würde euch genügt werden. Er glaube in der Anwesenheit des Sekretärs der Innung eine Annäherung von jener Seite zu sehen. Er kam auf das Bestreben der hiesigen Prinzipale zu sprechen betreffs Aenderung der Sozialzuschläge und glaubte, daß der Wunsch der Innung dahin gehe, daß die heutige Versammlung sich ihrem Bestreben anschließe. Redner wünschte daher die Wahl einer Kommission zwecks Unterhandlung mit den Prinzipalen. Nachdem dann noch einige Redner sich den Ausführungen unsrer Kollegen Döblich in sympathischen Worten angeschlossen und gegen die Prinzipalkassengründungen scharf zu Felde gezogen und teils für, teils gegen die Wahl einer Kommission gesprochen hatten, erklärte der Sekretär der Innung, Köhler, daß er nicht im Auftrage der Prinzipale handle, sondern er habe Demuth privatim seine persönliche Ansicht geäußert, daß die Hamburger Prinzipale nicht daran dächten, den Sozialzuschlag herabzusetzen. Eine Gleichstellung sei indes gewiß am Plage. Im Schlußworte bedauerte Kollege Döblich die schwache Beteiligung der Prinzipale. Nur durch Anerkennung unserer Koalitionsrechte sei ein Handinhandgehen möglich, unsre Sache müsse Anerkennung finden und wir nicht immer als Hezer verschrien werden. Die Hamburger Prinzipale sollten den Leipzigen die Zähne zeigen und auf gedeblische Zustände hinwirken. Er forderte sodann die uns noch Fernstehenden zum Eintritt in den Verband auf. — Ein stimmig wurde hierauf folgende Resolution angenommen: Die am 2. Dezember 1894 tagende allgemeine Buchdrucker-Versammlung zu Hamburg kann sich im Interesse des gewerblichen Friedens wie auch im Interesse der durch lange Jahre mit großen Opfern erhaltenen und segensreich wirkenden Unterstützungs-kassen der Gehilfenchaft mit den Kassen Gründungen des Deutschen Buchdrucker-Prinzipalvereins nicht einverstanden erklären. Die Gehilfenchaft hat in jahrzehntelanger Arbeit zur Genüge bewiesen, daß für sie bestimmte und von ihr unterhaltene Kassenrichtungen unter gleichmäßiger Verteilung von Rechten und Pflichten in mühselhafter Weise ausgebaut und verwaltet werden. Sie muß im Interesse der bestehenden Kassen ganz energisch gegen derartige Gründungen protestieren, da durch die sich notwendigerweise einstellende Zersplitterung der Kräfte die segensreichen Wirkungen derselben mit der Zeit in Frage gestellt werden. Sollte jedoch das so oft hervorgetriebene Interesse unserer Herren Prinzipale für das Gedeihen des Gewerbes und die Wohlfahrt ihrer Gehilfen sich durchaus bethätigen müssen, dann wäre es an der Zeit, anstatt durch im voraus den Keim des Todes in sich tragende Kassen Gründungen den Frieden des Gewerbes zu stören, denselben durch ein Handinhandgehen mit der Gehilfenchaft wieder herzustellen, da doch zu einem gemeinsamen Kampfe gegen das sich immer mehr entwickelnde Lehrlingsunwesen, die ins Ungeheure sich steigende Arbeitslosigkeit, die tarifliche Anarchie sich ein gar weites Feld bietet. — Die heutige Versammlung erwartet von der hiesigen Prinzipalkassenschaft, daß sie zu den den gewerblichen Frieden störenden Unterstützungs-kassen keinen ihrer Arbeiter zwingt, sondern es denselben freistellt, sich den bestehenden, ihre Lebensfähigkeit längst bewiesenen Kassen anzuschließen. Ebenso hofft die heutige Versammlung, daß die hiesigen Prinzipale sich bereit zeigen mögen zur Wiederherstellung des gewerblichen Friedens, indem sie alle das Gewerbe gemeinschaftlich interessierenden Fragen, wie namentlich die Tariffrage, mit den hiesigen organisierten Gehilfen selbst regeln. — In die Kommission wurden gewählt: A. Demuth, W. Dreier, F. Hildebrandt. — In der kürzlich gebrachten Statistik unsrer Gaus muß es heißen: In der sozialdemokratischen Parteidruckeri Auer & Co. beträgt die Arbeitszeit 8 1/2 Stunden und nicht 8 Stunden.

**Hannover.** Frühmüherweise sind aus dem Manuskript des letzten Versammlungsberichts von Hannover die Namen C. Rosenbruch und G. Klapproth als Mitglieder der Britischen Kommission, die mit den Prinzipalen in Verbindung treten soll, weggeblieben. Wir berichten hierdurch das Versehen, feststellend, daß die Kommission aus den Kollegen Rosenbruch, Klapproth, G. Weber, Hartwig und Sievers gebildet ist.

**Hildesheim.** Am 1. Dezember fand hier eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt, welche von Verbands- und Nichtverbandsmitgliedern gut besucht war. Einziger Gegenstand der Tagesordnung bildete die zwangsweise Einführung der Prinzipalstufen und die Stellung der Gehilfen demgegenüber. Bezirksvorsteher Hausmann führte den Kollegen Zweide und Ziele der betreffenden Kassen vor Augen, betonte, daß wenn auch die Hildesheimer Kollegen voransichtlich mit dem Segen dieser Kassen versehen blieben, da in den hiesigen Prinzipalstufen keinerlei Meinung hierfür vorhanden, sie es doch als ihre Pflicht erachteten müßten, mit den übrigen Kollegen Deutschlands, namentlich mit denen in den größeren Druckereien, Schulter an Schulter zu gehen und entschieden Front zu machen gegen das Vorhaben einer Anzahl von Prinzipalen. Sämtliche übrigen Redner sprachen sich in dem gleichen Sinn aus und wurde zum Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung spricht sich entschieden gegen das Vorhaben des D. V. B., zwangsweise Einführung der vom genannten Verein ins Leben gerufenen Unterstützungsstufen betreffend, aus; sie erblickt hierin eine Beunruhigung unsers Gewerbes, zumal in einer Zeit, wo an eine Hebung desselben in erster Linie gedacht werden mußte. Die Versammlung erklärt, daß die Hildesheimer Kollegen aus keinem Fall sich den von den Prinzipalen geschaffenen Kassen anschließen werden, ihren einzigen Hort nur allein in dem Verbands der Deutschen Buchdrucker erblicken und versprechen, nur die Bestrebungen dieser Vereinigung zu unterstützen. — Der Vorsitzende richtete einen Appell an die Kollegen, namentlich an die anwesenden Nichtmitglieder, auch der Resolution entsprechend zu handeln.“

**Blau, 2. Dezember.** Heute fand hierseits für die Druckerei Vinsandt, Ymenau und Blau eine vom Vorstande des Bezirks Erfurt arrangierte Protestversammlung gegen die Nachnahmen des D. V. B. statt, welche auch von den Mitgliedern der genannten Orte gut besucht war. Das Referat hatte der Bezirksvorsteher Kollege Michaelis übernommen. Die Gründung der vielbräunten Kasse sei ein neugeborenes Kind, das in der Wiege schon erstickt werde und dem besonnenen Teile der Prinzipale sei es anheimgegeben, rechtzeitig zur Umkehr zu warnen auf dem schmerzhaften und gefährlichen Wege, den der Vorstand des D. V. B. wandle. Referent betonte, daß man auf ein annehmbares Entgegenkommen der Prinzipale nicht zu rechnen habe; lediglich müßten wir uns selbst die Existenz erkämpfen, die uns von Vorteil sein könne. Die neugegründete Kasse dürfe hierzu wenig angethan, im Gegenteil jeder friedlichen Regung hinderlich sein. Redner zog noch die letzten „Großthaten“ des Herrn Käfer in gebührender Weise an und empfahl ferner den Prinzipalen die Gewährung der Koalitionsfreiheit, erst dann würde der Friede zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft annehmbarere Grenzen gewinnen. — Die Versammlung schloß sich im allgemeinen der Resolution der Berliner Kollegen an. — Unter Verschiedenem wurde noch die in ersprechender Weise überhandnehmende Lehrlingszucht behandelt; hierbei wurde mitgeteilt, daß im Bezirk Erfurt den Gehilfen der letzten Statistik nahezu die gleiche Anzahl Lehrlinge gegenübersteht. Dann wurden noch die Ansichten des Zentralvorstandes in bezug auf Agitation und auch das jetzige Verhältnis der Gegenseitigkeit mit den ausländischen Vereinen bemängelt.

**Zittau.** Eine am 2. Dezember abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit dem Thema: Der D. V. B. und seine Kassen. Der Vorsitzende gab in längeren Ausführungen ein Bild der gegenwärtigen Situation, beleuchtete die fortgesetzten Beunruhigungen des Gewerbes und gedachte speziell der Gründung von Anti-Verbandskassen, dabei die „Rechte“ und Pflichten dieser Kassenmitglieder in das rechte Licht setzend. Die Versammlung protestierte gegen die Kassen Gründungen, welche die Gehilfenschaft nur zersplittern und ihr das Selbstbestimmungsrecht illusorisch machen sollen. Sie bedauerte die Betonung der in der Petition an das sächsische Ministerium vom „Kreise Sachen“ hervorgehobenen Arbeiterfreundlichkeit, welche mit den Tatsachen in schroffem Widerspruch steht. Nur der Verband sei eine Institution zur Förderung der Interessen der Gehilfenschaft.

## Rundschau.

### Buchdruckerei und Verwandtes.

Für siebzehn Mark muß man schon etwas verlangen können, dachte Herr Sommer in Grünwald und fragte den Bewerber um eine Setzerstelle nicht nur nach dem Alter, seitfertigen Konditionen, Lehrzeit, Schulbildung, Konfession, Militärverhältnis und der

letzten Stellung, sondern auch danach, ob er Stenograph sei, fremdsprachliche Kenntnisse besitze und die nötige Routine als Berichterstatler habe. Nach Ablauf von drei Monaten und bei zufriedenstellenden Leistungen soll das „Salär“ sogar 18 Mk. wöchentlich mit eifündiglicher Arbeitszeit betragen, „Brauchbarkeit und gutes Betragen“ vorausgesetzt. Welche Grobmut bei solcher Beschreiblichkeit!

Wo es etwas zu drucken gibt, da sind auch unsere Innungsstätten auf dem Platze zu finden. So hat sich dieser Tage in Leipzig der Preßauschuss für 1897 geplanten Sächsisch-Thüringischen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung gebildet, dem die Fürsorge für das Preß-, Reklame-, Annoncen- und Plakatawesen übertragen ist. Da finden wir denn den Kommerzienrat Klinkhardt, Baensch und Kraumann, welche gewiß dafür sorgen werden, daß die benötigten Arbeiten kollegial unter allen Leipziger Buchdruckereien verteilt werden.

Unterm 2. Dezember wurde der Frankfurter Zeitung auf Grund § 26 des bayerischen Preßgesetzes das Postdebit für die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder entzogen. Die Maßregel hat ihren Grund in einem Artikel, der an hoher Stelle mißfiel.

„Verantwortlich für Verlag und Schriftleitung“, dies genügt dem Amtsgerichte nicht. Der Herausgeber des Fachgenossen in Dresden wurde dieserhalb mit einem auf 15 Mk. lautenden Strafzettel bedacht, welches Strafmaß das Schöffengericht auf 10 Mk. herabsetzte. Also nicht Schriftleitung, sondern Redaktion! Recht erbauliche Zustände müssen in den Büreaus des Berliner Kleinen Journals herrschen. Nachdem ein Badpfeifen-Maîtreur, das dem Chefredakteur Dr. Leipziger passierte, die Deffenlichkeit in ausgiebiger Weise beschäftigt hat, zeigt nun auch die Expedition des Blattes, daß ihre Sitten und Gebräuche sich den in der Redaktion herrschenden würdig an die Seite stellen. Eine Briefkastennotiz lautet: „Einer der drei Rowdies, die gestern in unsrer Expedition die ihnen gebührende Züchtigung erhalten haben, hat einen alten schwarzen Filzput auf der Walfahrt gelassen. Der uns unbekannt Eigentümer kann denselben auf unsrer Expedition jedergest in Empfang nehmen, ohne daß er weitere Prügel erhält.“

In Paffel starb die Schriftstellerin S. Brand, Witwe des dortigen Buchhändlers Georg Wiegand, 61 Jahre alt, auf dem Gebiete des historischen Romans bekannt. In Wiesbaden der Altertumsforscher und Schriftsteller Karl August v. Cohaufen, 83 Jahre alt, Konservator der nassauischen Altertümer, Mitglied des Verwaltungsrates des römisch-germanischen Museums und des germanischen Museums.

Das fünfzigjährige Berufs-Jubiläum feiert am 16. Dezember der Setzer Friedr. Wilhelm Wittner (Vereinsbuchdrucker) in Wien.

Die Umwälzung im Druckgewerbe durch die Setzmaschinen wird angedeutet durch einen Wechsel in der Herstellung einer umfangreichen Arbeit der Stadt Brooklyn bei New York, über den die dortigen Buchdrucker sehr aufgeregt sind. Die sogenannten Registrierungslisten, eine Arbeit von 4000 Seiten zu je 4000 ems (8800 Buchstaben) benötigten zu ihrer Anfertigung seit Jahren 200 Setzer auf vier bis fünf Tage, welche mit den Ueberstunden einen Verdienst von 30 Dollars nach Hause trugen. Mancher dazu eingestellte Setzer rechnete auf diese kurze Erntezeit, um sich für den Winter Kohle einzuschlagen, mancher verputzte durch das Versprechen, bei dieser Gelegenheit den rückständigen Mietzins zu zahlen, seine Expedition, manches Buchdruckerkind bekam die schon lange verprochenen Schuhe. Jetzt hat aber diesen wohlthunenden „Kausreißer“ die Setzmaschine geholt. Von der Metropolitan-Verlagsdruckerei sind die Registrierungslisten an die Leitungsbeamtin des New Yorker Recorder übergegangen, die ihre 24 Maschineneger am Tage daran „spielen“ läßt, die Arbeit in derselben Zeit herauswerfend. Die Registrierungslisten sind das erste Opfer, welches der Maschinenmohr der Zeitungen von den Werksdruckereien fordert. — In Washington riefen eine Anzahl meist durch Setzmaschinen überfüllt gewordene Setzer die Times, ein flott gehendes Arbeiterblatt, ins Leben. Jetzt werden sie selbst den Rogerschen Typograph einfließen.

### Industrie und Gewerbe.

Der General-Anzeiger für Bonn bringt aus der Feder seines sozialpolitischen Mitarbeiters eine Betrachtung über die Lohnfrage, die mit folgenden musterverwertenden Sätzen, welche allen kurzfristigen Lohnherrscher zur Beherzigung empfohlen werden können, schließt: Es gilt jenen Satz durchzuführen, den vor einem halben Jahrhundert der Menschenfreund Thünen aufstellte: Daß der Arbeiter Anteil haben soll an dem wachsenden Nationalreichtume des Landes. „Das ist der gerechte Arbeitslohn, der sich nach der Leistung des Arbeiters richtet und nicht allein nach dem Stande des Arbeitsmarktes“. In dieser Beziehung können wir in Deutschland noch manches lernen. Nur allzu oft wird zu Lohnüberabhebungen geschritten, wenn einmal, oft nur vorübergehend, die Betriebsergebnisse sich vertümmern; auf der andern Seite sind aber die Lohn-

steigerungen weit seltenere Vorkommnisse, trotz anhaltender Besserung des Geschäftsganges. Oder das Angebot von zahlreichen Arbeitskräften, die aus Not für die denkbar billigste Bezahlung arbeiten wollen, regt den und jenen auf Verdienen Nachdenken zur Erwägung an, warum er nicht seine Arbeiten mit geringeren Kosten ausführen lassen, also entweder den Lohn seiner Angestellten vertürzen oder, falls diese damit nicht zufrieden sind, sie gehen lassen soll. Daß die billigen und erst nach und nach mit dem Betriebe vertraut werden den neuen Leute in den wenigsten Fällen das leisten, wie die im Betrieb Erfahrenen, daß durch unvollkommenere, minder geschickte Arbeit die erzielte Ersparnis aufgezehrt wird, daß die in ihren Bezügen Geschwänderten nicht mit der gleichen Arbeitsfreudigkeit schaffen, daß die entlassenen Züchtigen, Befähigten die Kraft der Konkurrenz verflärten helfen: diese Rehrseite der Medaille wird nicht ins Auge gefaßt. Ueber dem augenblicklichen Vorteil vergißt man die dauernden, erheblicheren Nachteile, spart man marktweise, was später thalerweise infolge von Verlusten doch wieder aus den Kassen muß. Und das Schlimmste: tausenden Braven, Arbeitsfreudigen ist Ruhe und Zufriedenheit genommen, in tausende von Herzen ist Kummer und Verbitterung eingekehrt — ohne daß der erzielte wirtschaftliche Gesamtvorteil im Verhältnis steht zu dem folgenschweren Eingreifen in alle die Menschenschicksale.

Das von der organisierten Arbeiterschaft in Nürnberg errichtete Arbeitersekretariat hat zur Folge gehabt, daß nun auch eine städtische Arbeitsnachwehstelle errichtet wird. Warum erst jetzt, nachdem sich das erstere einer regen Benutzung erfreut?

Wer sich der Hoffnung hingibt, daß die Gewerbeinspektion in erster Linie zum Schutze der Arbeiter vorhanden ist, der wird eines andern belehrt, wenn er den Bericht des Gewerbe-Inspektors liest und darin findet, daß er den 460 Fabrikbetrieben seines Bezirkes ganze 260 „Besuche“ abstattete, die Arbeiter für alle vorkommenden Unfälle allein verantwortlich macht, ja die Arbeitgeber auffordert, entstandene Schäden einzuklagen und sich besonders rühmt, in Ausübung seines Berufes mit der Polizeibehörde in gutem Einvernehmen gestanden sowie zu den Fabrikanten gute Beziehungen erhalten zu haben. Es lebe der Arbeiterchutz!

In Spandau ist der Betrieb fast in sämtlichen Militärwerkstätten seit Jahresfrist erheblich reduziert und die Zahl der Arbeitslosen infolgedessen eine erhebliche. Das Feuerwerkslaboratorium, das Jahre hindurch immer 3000 Arbeiter beschäftigte, soll aus dem dritten Teil des bisherigen Umfangs eingeschränkt werden. Den beständigsten Betrieb hat die Munitionsfabrik mit 4000 Arbeitskräften, meist Arbeiterinnen. Die Gewerkschaft dagegen befindet sich fortbauend in schwachem Betriebe.

### Arbeiterbewegung.

Begen groben Unfsuchs hat ein Maurer in Dresden 60 Mk. zu zahlen. Er soll f. B. einen Boykottzettel gegen die Walfahlschäpdenbrauerei angefertigt haben. Weil die Angabe der Druckerei auf dem Zettel fehlte, das kostet weitere 30 Mk.

In bezug auf die Aufhebung des Ausweisungsverbotes, betr. den Redakteur Peter Braun, wird berichtet, daß die Aufhebung sich zwar auf den Bezirk der Reichstagsparlamentarier, aber nicht auf den Stadtbezirk B. Argüßdt erstreckt. Da sind also die Bürgerkinder Spleßer schon heraus!

Die Bäcker wollen nicht länger als bis zum 1. April nächsten Jahres auf den Zwölftundentag warten, wie aus den Beschlüssen einer Berliner Versammlung hervorgeht. Borecht soll die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Bundesrat interpellieren wegen des Bäcker-Arbeiterschutzes, dann soll ein Kongreß der Bäcker Deutschlands über die weiteren Schritte beraten. Eventuell soll in einen allgemeinen Streik eingetreten werden.

Eine Versammlung in München boykottierte die Brauerei zum Klink, weil sie ihren Saal für sozialdemokratische Versammlungen nicht hergibt.

In der Schußfabrik von Eckbaum in Mainz stellten 34 Arbeiter infolge Lohnunterschieden die Arbeit ein. In Solingen befinden sich die Messerschleifer der Firma Röder im Streik; in Berlin die Arbeiter der Filzschuhfabrik von Simon & Co. In Forstheim, Weibels Weibelsfabrik, sind 30 Arbeiter ausgesperrt. In Weiskensee bei Springer legten 16 Arbeiter die Arbeit nieder, weil ihnen verboten wurde, den Vorwärts zu lesen, „oder sonst Politik zu treiben“. In Leipzig in der Schäft- und Schuhfabrik von Burkhardt & Sohn wurden die Arbeiter mit einer Lohnkürzung von 50 und mehr Prozenten bedacht. Diese kündigten, während die Zwicker sich fügten, weil der Abzug bei ihnen etwas weniger betrug. Die Hafenarbeiter in Bremen erklärten den Streik für beendet, jedoch bleibt über die Firma Schlöndorff die Sperre verhängt, bis sämtliche alten Arbeiter wieder aufgenommen sind. Auch der Streik der Korbmacher in Gröpelingen wurde für beendet erklärt, ohne Erfolg. Drei Mann blieben ausgesperrt.

**Verschiedenes.**

Ueber das vielgenannte Umsturzgesetz heisst es in der Thronrede: „Getreu den Ueberlieferungen der Vorfahren, betrachten meine hohen Verbündeten und ich es als die vornehmste Aufgabe des Staates, die schwächeren Klassen der Gesellschaft zu schützen und ihnen zu einer höhern wirtschaftlichen und sittlichen Entwicklung zu verhelfen. Die Pflicht, dieses Ziel mit allen Kräften anzustreben, wird um so zwingender, je ernster und schwieriger der Kampf um das Dasein für einzelne Gruppen der Nation sich gestaltet hat. Von der Ueberzeugung getragen, dass es der Staatsgewalt obliegt, gegenüber den streitenden Interessen der verschiedenen Elemente das Gesamtinteresse des Gemeinwerts und die Grundzüge der ausgleichenden Gerechtigkeit zur Geltung zu bringen, werden die verbündeten Regierungen fortfahren in dem Bestreben, durch Milderung der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze das Gefühl der Zufriedenheit und der Zusammengehörigkeit im Volke zu erhalten und zu fördern. Soll aber dieses Bestreben, bei welchem ich Ihre rückhaltlose Unterstützung erhoffe, in seinem Erfolge gesichert werden, so erscheint es geboten, dem verheerlichen Gebaren derjenigen wirksamer als bisher entgegenzutreten, welche die Staatsgewalt in der Erfüllung ihrer Pflicht zu stören versuchen. Die Erfahrung hat gelehrt, dass die bestehende Gesetzgebung nicht die erforderlichen Handhaben hierzu bietet. Die verbündeten Regierungen erachten deshalb eine Ergänzung unferer gemeinen Rechte für geboten. Es wird Ihnen unverzüglich ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher vornehmlich durch Erweiterung der geltenden Strafvorschriften den Schutz der Staatsordnung verstärken will. Ich hege die Zuversicht, dass Sie für diese ernste Aufgabe Ihre thatkräftige Mitwirkung gewähren werden.“ — Nach diesem Vorlaute mühte das „Umsturzgesetz“ gegen das Unternehmertum gerichtet sein, welches thatsächlich „die Staatsgewalt in Erfüllung ihrer Pflicht, die schwächeren Klassen der

Gesellschaft zu schützen und ihnen zu einer höhern wirtschaftlichen und sittlichen Entwicklung zu verhelfen, zu stören sucht“. Aus dem inzwischen bekannt gewordenen Entwurf ist jedoch davon nicht die Rede, auch sucht man vergebens nach Gesetzesvorlagen, die die „wirtschaftlichen Gegensätze mildern“ sollen; der neueste Reichstanzler will, wie es heisst, in der Arbeitergesetzgebung sogar noch ein langsameres Tempo haben.

In Hamburg wurden von der Bürgerschaft auf Antrag des Senats 200000 Mk. bewilligt zur Vornahme umfangreicher Erdarbeiten. In der Begründung heisst es, dass infolge der jahrelangen Dauer der wirtschaftlichen Depression die Verhältnisse derart geworden sind, um eine Ausnahmestafette, wie sie in der Vornahme von Notstandsarbeiten liegt, gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Der Lohn soll „um die Konkurrenz mit anderen Beschäftigungen zu verhüten“, geringer als der übliche Tagelohn sein und bei der Anstellung nur Unterhaltungswohnungs-Berechtigte, besonders Familienväter berücksichtigt werden.

In Travemünde versah ein Armenarzt einer Witwe bis auf weiteres täglich 1 1/2 Liter lac vaccinum bon. — gute Kuhmilch. Die Witwe benutzte dieses Mittel drei Monate lang und die Armenkasse wurde dafür mit 36,80 Mk. belastet. Es soll nun rüchertlich festgestellt werden, ob diese „Medizin“ nicht von dem Milchhändler als Kuhmilch für die Hälfte des Preises statt aus der Apotheke als lac vaccinum bon. hätte bezogen werden können.

**Gestorben.**

In Berlin am 27. November der Buchdruckermeister Ludwig Schade, 77 Jahre alt.

**Briefkasten.**

B. in Danzig: Da keine Gegenseitigkeit zwischen Zwangsstafette dort und J. R. R. hier je existierte, so müssen Sie zahlen. — B. in Mogeb.: Dieselben noch in Rest 60 Pf. für Inf. in 116 und 130.

**Verbandsnachrichten.**

**Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.** Die nächste Vorstandssitzung findet Freitag den 14. Dezember, Pirassierstraße 19, statt.

**Essen.** Dem Kollegen Ludwig Krinner, welcher zuletzt in Bochum stand und sich augenblicklich auf der Reise befindet, ist die Jnb.-Nr. 26416 nachzutragen; ferner wird Kollege Anton Kumer aus Bregenz erwünscht, sein Quittungsbuch an den Bezirkskassierer nach hier, Wilhelmstraße 29, einzusenden.

**Münster.** Der Sezer Gustf. Kötter aus Emsenhamm wird hierdurch aufgefordert, unverzüglich hier seinen Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls Ausschluss.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Eintwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu senden):

In Gagnau der Sezer Paul Hornig, geb. in Breslau, ausgel. das. 1892; war noch nicht Mitglied.

— H. Geisler in Blegny, Glogauerstraße 18a.

In Krefeld der Sezer Wilh. Wellen, geb. in Stuhm (Westph.) 1870, ausgel. in Krefeld 1888; war noch nicht Mitglied — C. Brückner in Düsseldorf, Korneliusstraße 72.

In Ludwigsburg der Sezer Friedrich Vogt, geb. in Blaubeuren 1873, ausgel. das. 1891; war noch nicht Mitglied. — R. Knie, Stuttgart, Rosenstr. 37, Stb. I.

In Tilsit Johann Karl Tramp, geb. in Alt-Karzenbischken 1873, ausgel. in Tilsit 1892; Richard Paul Fröh. Hoorl, geb. in Tilsit 1874, ausgel. das. 1890; Joh. Hans Prischmer, geb. in Syd 1872, ausgel. das. 1892; Karl Heinrich Pfeiffer, geb. in Memel 1872, ausgel. das. 1893. — J. Quessel in Königsberg, Strielsenstraße 1.

In Waldshut der Sezer Julius Ritter, geb. in Zell i. B., ausgel. in Schopfheim; war noch nicht Mitglied. — R. Goldschagg in Freiburg i. B., Laubers Buchdruckerei.

Bestellpreise Seite 25 ff., Stellen-Angebote, Gesuche und Verträge-Anzeigen bei direkter Zusendung 10 Pf.

**Anzeigen.**

Belegnummern 5 Pf. — Betrag bei Aufnahme zu entrichten. Offerten ist Dreimarie zur Weiterbeförderung beizufügen.

**Zeitungsverlag.**

Eine in reicher schönel. Stadt im westl. Deutschland bisher in eigener Verwaltung einer Aktiengesellschaft erscheinende politische Tageszeitung (liberal) soll an einen tüchtigen Drucker-Verleger übertragen werden. Die Zeitung ist über die Anfangsschwierigkeiten hinaus und bringt bei stetig steigender Einnahmestärke ihre Kosten durch Abonnement und Inserate nahezu auf. Die Aktiengesellschaft übernimmt die Deckung eines etwaigen Fehlbeitrages und die Kosten der Redaktion. Die Stellung bietet einem tüchtigen Drucker die günstigsten Chancen für ein blühendes Accidenz- und Bedruckgeschäft. Als Betriebskapital sind etwa 20000 bis 25000 Mark erforderlich. Werte Offerten sub Nr. 149 an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Einen Schweizerdegen [148]**

(Wormser Tretpresse) suche in etwa 14 Tagen. Anfangshalt bei freier Station 10,50 Mk. Für einen im Accidenz- und Druck tüchtigen Mann ist die Stelle dauernd. Aug. Hopp, Grabow i. Mecklb.

**Schriftgießer**

für Handmaschine findet dauernde Beschäftigung. Nur ganz tüchtige Arbeiter mögen sich melden bei der Ersten Ungarischen Schriftgießerei-Aktien-Gesellschaft Budapest, VI. Dissenffyasse 32. [123]

Suche für bald Stellung als Zeitungs-, Wert- oder Inseratensezer Offerten erbeten an Schriftsezer Hundea, Niederhermsdorf, Kreis Neisse. [136]

**Korrektur Sezer**

in allen Gattungen bewandert, sucht Kondition. Off. erb. an S. Richter, Göttha, Remisbaderstr. 6. [146]

Ein im Accidenz-, Tabellen-, Wert- und Zeitungsfrage sowie mit dem Umbrechen eines Blattes erfahrener

**Schriftseker**

wünscht seine Stellung bald zu verändern. Off. erbeten unter „Elberfeld 145“ an die Geschäftsstelle d. Bl.

**Ein Maschinenmeister**

tüchtig in seinem Fache, sucht wegen nationalen Verhältn. anderwärts Stellung. War lange Zeit als erster Maschinenmeister in Stelle und wünscht solche wieder einnehmen zu können. Werte Off. mit Gehaltsang. unter R. L. 143 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Marke Diego Ramirez

**Zigarren-Engros-Versand!**

Nachstehend empfehlen wir die bei den Lesern des Correspondenten sich grosser Beliebtheit erfreuenden Spezialmarken:

- Malglöckchen, eig. Torpedo-Fag. 2,50 Mk.
- Achtung, präsentiert. . . . . 2,90 „
- Marke Progreso . . . . . 3,10 „
- Marke Lindemann . . . . . 3,30 „
- Pikfels, gross, Bock-Fagon . . . . . 3,50 „
- Probado, sehr sparsam . . . . . 3,75 „
- Exportation, Torpedo-Fagon . . . . . 4,00 „
- Corso, gerade Fagon . . . . . 4,00 „
- Diego Ramirez, Riesen-Zigarre
- siehe Original-Abbildung . . . . . 4,35 „
- Fellicia, grosse volle Fagon . . . . . 4,50 „
- La Flor de Martinez . . . . . 5,00 „
- 1892er Bakia Plantagen . . . . . 5,50 „
- Brevas-Brasil, 13 cm lang . . . . . 5,75 „

**Weihnachts-Präsent-Zigarren**

Kistchen à 25 Stück à 0,90, 1,10, 1,60 Mk.  
 „ à 50 Stück à 1,50, 2,00, 2,50 „  
 3 Mk. usw.

in teilweise hocheleganten Ausstattungen.

Versand nicht unter 100 Stück gegen Nachnahme; 300 Stck. portofrei. Den freundl. Bestellern, die sich auf dieses Blatt beziehen, gewähren wir schon bei 100 Stück 5% Rabatt. Nicht Zusagendes nehmen wir auf unsere Kosten zurück. [119]

**Rauscher & Fabisch**

Lieferanten zahlreicher Beamten-Vereine und Militär-Kantinen

**Berlin NW**

Friedrichstrasse 94 a.

gegenüber dem Zentral-Hôtel.

Kein Ladengeschäft.

**Frankes Reinigungs-Pasta**

zum Waschen von Walzen, Schriftformen, Klischees usw. probiert hat, verlange Probe mit Prospekt-Gebrauchs-Anweisung vom Gutenberg-Haus Frau Franz Franke, Berlin 8, Prinzenstrasse 31.

In allen

**Buchdruckerei-Utensilien**

hält grosses Lager. — Komplette Drucker-Einrichtungen.

Heinrich Ziegler

Stuttgart, Weimarstrasse 38.

Stereotypenr.

Ein junger, verheirateter Mann, der sich eine feste Existenz gründen will, wünscht sich als

**Stereotypenr**

auszubilden. Werte Offerten unter 101 E. C. bis einschli. 20. Dezember an das Postamt Rixdorf erbeten. [150]

Stereotypenr.

**Das reichhaltigste Fachblatt!**  
**Graphischer Beobachter.**  
 Jährlich 24 Hefte.

Herausg. R. Härtel. Redakteur Friedrich Bauer. Durch Post u. Buchhandel vierteljährl. 1,25 Mk. — Dieses Fachblatt, eine notwendige Ergänzung der gewerblich-sozialen Blätter, dürfte in keiner Druckerei fehlen. Das eben erschienene Heft 24 enthält: Zum Jahreswechsel. — Die Vorbedingung kunstgemässen Arbeitens. — Litterarisches. — Graph. Rundschau. — Inhalt des dritten Bandes. — Satzbeispiele: Zwei Glückwunschkarten. Bestellungen auf das erste Vierteljahr 1895 werden umgehend erbeten! Heft 1 erscheint Ende Dezember.

**Düsseldorf.** Donnerstag den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Dührkop, Behnhahn 12 (nahe der Tonhalle): **Allgemeine Buchdrucker-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Die neuesten Verfügungen seitens des Buchdrucker-(Prinzipsals-) Vereins. Referent: R. Brauch-Essen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zu dieser außerordentlich wichtigen Versammlung sind die Buchdrucker Düsseldorf's und Umgebung freundlichst eingeladen. [151]

**Magdeburg.** Sonntag den 9. Dezember, vorm. punkt 11 Uhr, Versammlung im Belvedere auf dem Süstenwalde. [147]

**München.** Restaurant Schützenlust, Frauenstraße 5/b, empfiehlt heissen und durchreisenden Kollegen seine bekannte gute Küche bei kräftigen Preisen. Für vorzüglichen Stoff und gute Bedienung wird bestens Sorge getragen. Achtungsvoll Emil Reichenbach, früher Buchdrucker. [152]

Durch die Geschäftsstelle des Corr. zu beziehen: **Reisehandbuch** für die organisierten Buchdrucker Deutschlands nebst einem Anhang mit den angehenden und in Gegenleistung stehenden Ländern, bearbeitet von Konrad Gähler und Max Schütz, 1,50 Mk. **Die Zeitungsarbeit.** Kritik bearbeitet von B. Schützberg, 1 Mk. **Mal- und Lithographie** von Stehensh. 25 Pf. **Veier und Winterfagen,** von Franz Fleischmann, 40 Pf.

Zur Beachtung! Alle Briefe sind zu adressieren: H. Gafsch, Leipzig, Volkmarstraße, Eisenbahnstr. 92. Sonstige Postsendungen: H. Gafsch, Leipzig, Konstantinstraße.